

Bildung ist ein Recht und keine Ware

Für eine freie und inklusive Bildung gleich hoher Qualität für alle



Vortrag des
UN-Sonderberichtstatters
für das Recht auf Bildung,
Prof. Dr. Vernor Muñoz

PFL
Sonntag, 7. Juni 2009
11 bis 13 Uhr
Eintritt frei

Kulturzentrum PFL in Oldenburg (Oldb), Peterstr. 3, 26121 OL
Vortrags- und Podiumsveranstaltung

Podium

- Dr. Claudia **Lohrenscheit**, Deutsches Inst. f. Menschenrechte, Berlin
 - Prof. Dr. Helga **Spindler**, Universität Duisburg-Essen, Fachbereich Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit u. Sozialpolitik
 - Prof. Dr. Anke **Spies**, Universität Oldenburg, Institut für Pädagogik
 - Prof. Rolf **Wernstedt**, Nds Kultusminister von 1990- 1998, Universität Hannover, Netzwerk Bildung der Friedr.-Ebert-Stiftung
 - Eberhard **Brandt**, Vorsitzender der GEW Niedersachsen, Hannover
 - Prof. Dr. Vernor **Muñoz**, UN-Sonderberichtstatter für das Recht auf Bildung, Costa Rica
 - Christian **Füller**, Die Tageszeitung "taz", Berlin (Moderation)
- (Die Redebeiträge des UN-Sonderberichtstatters werden simultan übersetzt.)

Veranstalter/innen

Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin • GEW Bezirksverband Weser-Ems und Kreisverband Oldenburg-Stadt, Oldenburg • DGB Region Oldenburg/Wilhelmshaven, Oldenburg • Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V., Oldenburg, Berlin • Carl von Ossietzky Universität Oldenburg • AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg • GGG Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen e.V., Stedesdorf • Förderverein des Landesschülerrat Niedersachsen e.V., Hannover • Stadtelternrat Oldenburg • Regionalstelle Nord der UNO-Flüchtlingshilfe e.V., Oldenburg • Agenda-21 Büro der Stadt Oldenburg • IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e.V., Oldenburg

www.munoz.uri-text.de

Empfehlungen

aus dem Deutschlandbericht des UN-Sonderberichtstatters
(A/HRC/4/29/Add.3), Auszug:

Aufnahme einheitlicher Garantien für das Recht auf Bildung in die Verfassungen der Länder und des Grundgesetzes;

(...)

Anstoßen einer ausführlichen bundesweiten Debatte zum Zusammenhang zwischen dem derzeitigen Bildungssystem und den Erscheinungsformen von Exklusion und Marginalisierung bei Schulkindern, insbesondere bei Schulkindern mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen; diese Debatte sollte auch die Zweckmäßigkeit der Beibehaltung eines zwei- oder dreigliedrigen Schulsystems überprüfen;

(...)

Überprüfung der Regelungen und der Praxis zur Einstufung der Kinder beim Übergang zur unteren Sekundarstufe des Schulsystems in Hinblick darauf, ob eine derart frühe Einstufung den eigenen Rechten, Interessen und Bedürfnissen der Kinder entspricht;

(...)

Mit seinem 10tägigen offiziellen Deutschlandbesuch im Februar 2006 und der Vorstellung seines Berichts und der Deutschland-Empfehlungen vor dem UN-Menschenrechtsrat im März 2007 in Genf hat der UN-Sonderberichtstatter für das Recht auf Bildung, Prof. Dr. Vernor Muñoz, eine große Öffentlichkeit erreicht.

In seinem Vortrag wird der UN-Sonderberichtstatter Beispiele aus seinen offiziellen Länder- und Themenberichten anführen, die zeigen, wie das Recht auf inklusive und gebührenfreie Bildung von gleich hoher Qualität für alle verwirklicht werden kann. Dabei wird auch die zunehmende Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, zu denen auch das Recht auf Bildung gehört, herausgestellt.

In der anschließenden Podiumsdiskussion soll der Frage nachgegangen werden, ob und wie es durch exklusive Bildungs- und Schulstrukturen sowie Bildungsprivatisierung zu Menschenrechtsgefährdungen kommt. Dabei wird insbesondere auf die UN-Menschenrechtskonventionen, die zur Inklusion in der Bildung und durch die Bildung verpflichten, eingegangen sowie auf die Diskussion inklusiver Bildung in Abgrenzung zu bisherigen Integrationskonzepten.

Besonders wird es um die Situation von Behinderten sowie Einwander/innen und Flüchtlingen und ihrer Kinder, Enkel und Urenkel im deutschen Bildungssystem gehen. Des Weiteren werden **Hartz IV** und die aktuellen Auseinandersetzungen um angemessene Sozialleistungen für schulische Bildung angesprochen, sowie die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit, die Abschaffung der Studiengebühren und die aktuellen Behinderungen integrierter Gesamtschulen (entgegen dem dokumentierten Elternwillen) durch neue restriktive Landesgesetzgebungen.



kontakt & v.i.s.d.p: ulf.riebau@gmx.net, tel: 0175-2173392